



Niedersächsisches Finanzministerium

Grußwort des Niedersächsischen Finanzministers Gerald Heere

am 30.12.2022 bei der Jahresschlussbörse – Der Niedersächsischen Börse zu Hannover

- Es gilt das gesprochene Wort -

Begrüßung

Die Börse gibt uns heute Raum, am Jahresende zusammenzukommen, Luft zu holen, gemeinsam auf das ablaufende Jahr zurückzublicken und einen Blick auf das vor uns liegende Jahr zu werfen.

2022 war ein Jahr, das uns in Erinnerung bleiben wird. Ein Jahr, das uns erneut vor Augen geführt hat, dass wir in einer disruptiven Welt leben.

Mit der Corona-Pandemie seit dem Frühjahr 2020 waren wir bereits in einem zuvor undenk-
baren Krisenmodus. In diesem Jahr kam der russische Überfall auf die Ukraine hinzu. Unvor-
stellbar war es, dass auf europäischen Boden erneut ein Krieg ausbrechen könnte. Der Uk-
raine-Krieg treibt die Unsicherheit in Deutschland auf ein neues Hoch. Und wenn diese über-
schneidenden Krisen noch nicht genug wären, so droht über alldem ein sich weiter beschleu-
nigender Klimawandel, der jedes Jahr für neue Extreme sorgt.

Als Folge dieser drei zeitlich miteinander verwobenen Krisen sehen wir wirtschaftliche und
soziale Verwerfungen, eine hohe Inflation, die diese Probleme noch verstärkt, sowie eine
grundlegende Bedrohung der Lebensgrundlagen für kommende Generationen.

Die Jugendlichen in Deutschland haben besonders mit diesen Krisen zu kämpfen. Nach der
aktuellen Trendstudie „Jugend in Deutschland“ der Jugendforscher Simon Schnetzer und
Klaus Hurrelmann ist für mehr als zwei Drittel der befragten Jugendlichen zwischen 14 und
29 Jahren die Inflation aktuell Thema Nummer 1. Sorgen bereiten ihnen auch der Krieg in
Europa, der Klimawandel, die Wirtschafts- und Energiekrise sowie drohende Altersarmut. Die
Studienautoren schreiben: „Diese Krisen tragen dazu bei, dass Jugendliche sich fühlen, als

würden sie aus dem Tunnel gar nicht mehr herauskommen. Die Krisen überlagern sich und hören nicht auf.“

Die Notwendigkeit öffentlicher Investitionen

Dies bedeutet für uns in der Politik, dass wir nicht nur mit den unmittelbaren sozialen und wirtschaftlichen Folgen der aktuellen Krisen umgehen, sondern auch für zukünftige Krisen Vorsorge tragen müssen. Auf die öffentliche Hand kommen erhebliche Aufgaben zu, beispielsweise für den Aufbau einer resilienten Infrastruktur und einer zukunftsfesten, nachhaltigen Energieversorgung – und bei alledem auch für den Erhalt des sozialen Zusammenhalts.

Die Rahmenbedingungen für das notwendige staatliche und nicht-staatliche Handeln werden dabei im Vergleich zu früheren Jahren nicht eben günstiger. Wie andere Notenbanken auch hat die EZB – entsprechend ihrem Auftrag und ihrer Rolle im Staatsgefüge – auf die gestiegene Inflation reagiert und wird dies auch weiterhin tun.

Der EZB-Rat hat bei seiner Dezember-Sitzung entschieden, in einem vierten Schritt die Zinsen um weitere 50 Basispunkte auf 2,5% zu erhöhen. Mit dem kleineren Zinsschritt reiht sich die EZB ein in die Riege jener führenden Notenbanken, die in den vergangenen Wochen bereits ähnlich entschieden haben. Hintergrund des leicht gedrosselten Zinserhöhungstempos ist insbesondere die Hoffnung, dass die Inflation in der westlichen Welt allmählich zumindest ihren Höhepunkt überschritten und folglich das Schlimmste überstanden sein könnte. Gleichwohl stellte die EZB ebenso klar, dass noch weitere Zinsschritte folgen werden.

Notwendige öffentliche und private Investitionen werden durch diese notwendigen Maßnahmen verteuert, erforderliche Ressourcen werden durch eine mögliche konjunkturelle Abkühlung knapper. Dennoch in aller Deutlichkeit: Wir können uns ein Warten auf konjunkturell günstigere Zeiten schlicht nicht mehr leisten.

Zudem wird ein Zielkonflikt der Fiskalpolitik sichtbar: Hilfen und Investitionsoffensiven sind potenziell expansiv und können die Inflation weiter anheizen. So war auch der Tankrabatt viel zu breit angelegt und hat notwendige Sparanreize eben nicht gesetzt.

Gegenwärtig werden auch angebotsorientierte Maßnahmen wie Steuersenkungen (siehe aktuell die Forderungen von Prof. Lars Feld und Bundesfinanzminister Lindner) vielleicht der Wirtschaft helfen, dafür aber finanzielle Spielräume des Staates für Transformationsanstren-

gungen einschränken. Sie wären fiskalpolitisch ähnlich expansiv wie ausgeweitete Investitionsmaßnahmen, würden aber einen deutlich geringeren Beitrag dazu leisten, etwa das Problem der Energieabhängigkeit zu vermindern.

Die Wirtschaftsweisen argumentieren ganz im Gegensatz dazu deshalb auch für eine stärkere Belastung der Besserverdienenden zur Finanzierung der nötigen Anstrengungen. Und auch wenn ich dieser Argumentation deutlich mehr abgewinnen kann, braucht man keine Glaskugel, um vorauszusagen, dass es weder substanzielle Steuersenkungen noch höhere Steuern auf absehbare Zeit geben wird.

Meine Haltung in der Frage des politischen Handlungsauftrages ist klar: Oberste staatliche Priorität muss gegenwärtig die Organisation und Incentivierung der Transformation zur Klimaneutralität sein. Eine Politik, die sich in dieser Situation an den Grundwerten „Nachhaltigkeit“ und „Gerechtigkeit“ orientiert, muss den betroffenen Menschen Hilfe leisten und so den sozialen Frieden wahren. Wir müssen unsere Energieversorgung von fossilen und zunehmend unsicheren Rohstoffen unabhängig machen. Wir müssen unsere Unternehmen durch die Krise bringen und den Strukturwandel der Industrie zu klimaneutralen Geschäftsmodellen bewältigen.

Und die gute Nachricht ist: Die Beschleunigung der Transformation und die Bekämpfung der Inflation sind kein Gegensatz. Der Großteil der Inflation ist eine Inflation der fossilen Energieträger (und entsprechende Folgen daraus für Produktion, Handel etc.). Eine schnellere Transformation hilft schneller von fossilen Energien loszukommen. Sonne und Wind stellen uns keine Rechnungen und bieten eine Aussicht auf günstigere Energiekosten.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) fordert jüngst die Bundesregierung auf, den Standort Deutschland mit staatlichen Investitionen zu stärken. Zwar stellt der IWF fest, dass wir zweifelsohne große, aktuelle Probleme hätten - ob Energie, Infrastruktur, Fachkräfte oder Digitalisierung: Überall ist Deutschland nach den Feststellungen des IWF zurückgefallen. Das kostete Produktivität und Wachstum.

Was es jetzt brauche nach Ansicht des IWF, ist ein großes staatliches Investitionsprogramm: Breitbandausbau, eine digitale Verwaltung und Energiesouveränität sind große Themen. Aber auch mehr öffentliche Mittel für funktionierende Schnellzugverbindungen, Häfen, Sanierung von Brücken etc. Die momentane Krise müsse der Weckruf für eine neue, grüne Wirtschaft in Deutschland sein, so der IWF.

Deshalb halte ich es angesichts der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch für geboten, die notwendigen Investitionen jetzt entschieden anzustoßen.

Auch private Investitionen sind erforderlich

Dabei ist uns allen bewusst, dass die anstehende – und durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine mit erneuter Dringlichkeit erzwungene – wirtschaftliche Transformation nicht allein durch den Staat geleistet werden kann. Es handelt sich um eine gesamtgesellschaftlich, gesamt-wirtschaftliche Kraftanstrengung.

Die Transformation zur Klimaneutralität erfordert in Deutschland klimafreundliche Investitionen in Höhe von durchschnittlich rund 190 Mrd. Euro pro Jahr bis zum Jahr 2045. Davon sind jährlich rund 120 Mrd. Euro von Unternehmen des Privatsektors zu erbringen. Und das ist vermutlich eher eine untere Abschätzung.

Wir brauchen auch im privaten Sektor zusätzliche Investitionen in die ganze Bandbreite der klimaneutralen Technologien: Erneuerbare Energien, Gebäudesanierung, grüner Wasserstoff, CO₂-freie Stahlproduktion, Elektromobilität, Stromspeicher und noch vieles mehr. Viele Produktionsunternehmen haben noch ineffiziente Anlagen, die sie ineffizient betreiben. Das sind klassische Querschnittstechnologien wie Pumpen und Motoren. Energieverschwendung fiel lange nicht auf, weil der Energiekostenanteil in Unternehmen in der Regel unter zwei Prozent lag. Das hat sich aber dramatisch geändert. Meist sind Energieeffizienz-Investitionen hochrentabel und amortisieren sich innerhalb kurzer Zeit.

Deutschland ist in einer guten Ausgangssituation bei Umwelt- und Klimaschutzgütern. Schaut man auf Patente, wissenschaftliche Publikationen und Markenmeldungen zeigt sich eine Stärke des deutschen Innovationssystems. Viele von Ihnen finanzieren diese Unternehmen.

Auch deshalb ist entscheidend, dass Deutschland seine industrielle Basis nicht verliert. Für die Politik bedeutet dies, dass wir die Unternehmen durch die Krise bringen und dass wir verlässliche Rahmenbedingungen und langfristig sichere Fahrpläne bieten müssen. Andererseits müssen wir Transformations- und Entwicklungsprozesse aktiv begleiten und Unternehmen auf diesem Weg unterstützen.

Die Transformation ist längst zum entscheidenden Faktor für langfristige Investitions- und Standortentscheidungen geworden, und damit für gute Arbeitsplätze von morgen. Diejenige

Weltregion, die als erste das Ziel von Netto-Null bei Schadstoffemissionen erreicht, ohne dafür Abstriche bei Wohlstand und Sozialstaat in Kauf zu nehmen, wird auf dem Weg dorthin so viele Innovationen und neue Technologien entwickeln, dass die Wertschöpfungs- und Exportbasis dieser Volkswirtschaft auf Jahrzehnte hin gesichert sein wird. Denn der globale Markt für grüne, klimafreundliche Technologien wird in Zukunft nur noch eine Richtung kennen – nach oben.

Wie finanzieren wir die Transformation?

Insgesamt stellt sich die Frage: Wie können wir die notwendigen öffentlichen Investitionen finanzieren und die notwendigen privaten Investitionen klug incentivieren? Bei den zuvor genannten Summen dürfte klar sein, dass der Staat seinen Anteil mit den vorhandenen Haushaltsvolumina kaum zusätzlich erbringen kann.

Helfen würde im gewissen Umfang eine Reform der Schuldenbremse. Haushaltspolitische Nachhaltigkeit ist für mich ein Teil von Nachhaltigkeit insgesamt. Deswegen stelle ich die Schuldenbremse im Grundsatz nicht in Frage. Eine Regel zur Begrenzung der Verschuldung ist notwendig. Gleichwohl halte ich eine Reform für zwingend erforderlich, um die notwendige Flexibilität für erforderliche Zukunftsinvestitionen zu schaffen. Auch Schulden durch unterlassene Investitionen sind Schulden – und zwar Schulden zu einem sehr hohen Zinssatz.

Der vielleicht einfachste Weg einer Reform wäre, in Deutschland auf die bestehenden Sonderregeln bei der Schuldenbremse zu verzichten und künftig die europäischen Regeln anzuwenden. Der dadurch erzeugte erhöhte Verschuldungsspielraum (0,5-1% des BIP statt nur 0,35%) sollte erstens auf die genannten Zukunftsinvestitionen beschränkt werden und zweitens den Bundesländern anteilig zur Verfügung gestellt werden. So kann ein Teil des nötigen Investitionsvolumens generiert werden.

Hierzu bedürfte es allerdings einer Änderung des Grundgesetzes, für die sich gegenwärtig keine politische Mehrheit abzeichnet. Deshalb gehen wir in Niedersachsen zusätzlich einen anderen Weg.

Wir planen dies über neue Investitionsgesellschaften, die Kredite aufnehmen dürfen, über die NBank, über mögliche Green Bonds - und das alles natürlich im Rahmen der Regeln der Schuldenbremse. Wir werden hierzu im nächsten Jahr in die Konzeptionierung dieser Instrumente einsteigen. Und wir werden dazu auch Ihr Investment und Ihre Expertise benötigen.

Hierbei geht es in erster Linie – aber nicht ausschließlich – um die Finanzierung öffentlicher Investitionen. Der rot-grüne Koalitionsvertrag enthält mit der Weiterentwicklung der NBank zu einer echten Investitionsbank und der Einrichtung eines Transformationsfonds für die Industrie auch das klare Bekenntnis zu einer öffentlich-privaten Transformationspartnerschaft. Wir wollen Chancen und Risiken des Wandels hin zu einer nachhaltigen und klimagerechten Wirtschaft auf mehrere Schultern verteilen, damit wir von ihm schlussendlich gemeinsam als Gesellschaft profitieren.

Mein Vorschlag wäre daher, dass wir möglichst bald in einen Dialog einsteigen, in dem Sie ihre Finanzexpertise einbringen und wir die Kräfte bündeln, um eine mögliche Transformationspartnerschaft zu einem Erfolg zu bringen. Gerne gebe ich im Finanzministerium dafür einen Rahmen.